Abonnementspreis
mit der Sonntags-Beilage „Noch 8 Uhr" einschl. Bringerlohn 2 Mk., bei Selbstabholung in den Expeditionen 60 Pf. pro Monat. Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste 6588) pro Vierteljahr Mk. 2.50. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3 Mk., für das übrige Ausland 7 Mk. pro Vierteljahr.

Redaktion:
Zwingerstraße 22, part.
Sprechstunde
an Wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Telephon: Amt I, Nr. 1769.

Telegramm-Adresse:
„Arbeiterzeitung Dresden".

Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Inserate
werden die 6 gespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 15 Pf. berechnet und bei mindestens 6maliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 10 Pf. Inserate müssen bis spätestens halb 10 Uhr [illegible] abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen.

Expedition:
Zwingerstraße 22, part.
Geschäftszeit von morgens 8 bis abends halb 8 Uhr.
Telephon: Amt I, Nr. 1769.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Nr. 255. | Dresden, Donnerstag den 3. November 1898. | 9. Jahrgang.

Großgrundeigentum und soziale Frage.

Dresden, 2. November.

I.

= Herr Franz Oppenheimer, der 1896 ein Buch unter dem Titel „Siedelungsgenossenschaften" geschrieben, hat jetzt als Fortsetzung desselben einen Band folgen lassen unter dem Titel: „Großgrundeigentum und soziale Frage. Versuch einer neuen Grundlage der Gesellschaftswissenschaften".

Oppenheimer ist begeisterter Anhänger des Genossenschaftswesens und glaubt steif und fest, durch Ausdehnung desselben könne die „soziale Frage" gelöst werden. Dabei nennt er sich auch Sozialist, legt aber diesem Worte eine eigentümliche Bedeutung bei, indem er behauptet, auch ohne Kommunismus, beim Weiterbestehen der Tauschwirtschaft mit Privateigentum könne die Ausbeutung beseitigt, die soziale Gleichheit und Gerechtigkeit durchgeführt werden. Ja, er behauptet sogar, die freie Konkurrenz müsse unbedingt zu diesem Zustande führen, wenn jeder ökonomische Zwang beseitigt würde. In diesem Sinne sei, so meint er, Adam Smith Sozialist gewesen und nicht nur der große Schotte, sondern alle Anhänger der Naturlehre, die da hofften, die freie Konkurrenz müsse zur „Harmonie der Interessen" führen. Diese Lehre sei unbedingt richtig, nur hätten Smith und andere übersehen, daß die Gesetze der freien Konkurrenz unmöglich zur Geltung kommen können, so lange im sozialen Leben der Kulturvölker ein Störenfried bestehen darf — der Großgrundbesitz.

Als Anhänger Eugen Dührings steht Oppenheimer auf dem Standpunkt der sog. „Gewalttheorie", d. h. der Theorie, welche den Ursprung der sozialen Ungleichheit auf Anwendung der Gewalt, nicht auf das Wirken ökonomischer Kräfte zurückführt. Mit großem Aufwand von Fleiß und Geduld sucht er durch eifriges Abschreiben aus den Werken der Soziologen und Historiker diese Theorie gegen die Theorie von Marx zu verteidigen, wobei ihm nur das Unglück passiert, Marx und Engels recht gründlich mißverstanden zu haben. Es liegt uns nun durchaus fern, Herrn Oppenheimer an dieser Stelle widerlegen zu wollen, im Gegenteil, wir wünschen hier auf einige zutreffende Gedankengänge von ihm aufmerksam zu machen, zu denen er trotz seiner, unserer Ansicht nach von Grund aus falschen Theorie kommt, Gedanken, die zwar durchaus nicht neu, aber nichtsdestoweniger interessant sind.

Die Vorgänge auf dem Arbeitsmarkte zeigen uns gerade jetzt mit aller klassischen Deutlichkeit, daß bei glänzenden Konjunkturen für Handel und Gewerbe die Löhne der Arbeiter entweder gar nicht, oder da, wo die organisierten Arbeiter ihre Macht geltend machen, nur sehr wenig steigen, jedenfalls nicht im entferntesten Schritt halten mit dem Steigen der Unternehmerprofite. Worauf ist dies zurückzuführen?

Auf das Vorhandensein einer Reservearmee. Diese Reservearmee nun, so führt Oppenheimer aus, rekrutiert sich aus denjenigen Ländern und Provinzen, in denen der Großgrundbesitz überwiegt. Er geht soweit, zu behaupten, diese Gegenden seien die ausschließliche Nährquelle der Reservearmee, was falsch und leicht zu widerlegen ist. In Italien überwiegt der Großgrundbesitz keineswegs und doch ist Italien zweifellos solch eine Nährquelle; nach den Zählungen der Arbeitslosen kann es gar keinem Zweifel unterliegen, daß die bereits in der Industrie beschäftigten Arbeiter, die seit lange jeden Zusammenhang mit der landwirtschaftlichen Bevölkerung verloren haben, bald zur Arbeit herangezogen bald abgeschoben werden — je nach Bedarf der Industrie, je nach der Konjunktur. Richtig aber ist, daß die Provinzen mit vorherrschendem Großgrundbesitz — in Deutschland der preußische Osten — die Hauptquelle sind, aus der immer neue Proletariermassen hervorströmen, die den Lohn der Industriearbeiter herabdrücken.

Diese Provinzen übervölkert zu nennen, wäre absurd, sie sind im Gegenteil die am wenigsten bevölkerten. Trotzdem stoßen sie beständig gewaltige Menschenmassen ab. Die überseeische Auswanderung aus Preußen betrug:

	1845—54	1867—71	1881—85	1885—90
aus den östlichen Provinzen	59 191	102 202	331 540	179 840
„ „ westlichen „	87 462	35 508	56 202	131 160
„ „ neuen „	—	109 846	143 903	64 263

Daß sich diese gewaltigen Menschenmassen hauptsächlich aus den Distrikten rekrutieren, wo der Großgrundbesitz überwiegt, läßt sich ziffermäßig nachweisen.

Von der Goltz stellt folgende Tabelle auf:

In den Regierungsbezirken	kamen 1882 von je 100 Hektar landw. benutzter Fläche auf die Größenklasse der Betriebe 10—100 Hekt.	100 Hekt. u. m.	kam 1 Auswanderer in der Zeit von 1862 bis 1871 auf
Stralsund	18,1	76,1	18 Einwohner
Köslin	29,8	57,5	41 „
Stettin	37,4	50,5	19 „
Marienwerder	40,3	50,3	51 „
Danzig	47,1	40,4	71 „
Königsberg	47,9	43,7	426 „
Gumbinnen	55,6	31,7	1575 „

Es ist also ein direkter Zusammenhang: je stärker der Großgrundbesitz vertreten ist in einem Kreise, desto stärker die überseeische Auswanderung.

Aber der Osten stößt nicht nur gewaltige Menschenmassen ins Ausland ab, er entsendet noch weit größere Massen nach den westlichen Teilen Deutschlands, nach den Industriezentren.

Die Berechnung dieser Abwanderung ist weit schwieriger als die Berechnung der Auswanderung. Sering hat in seinem Werke, „Die innere Kolonisation", versucht, das Material zu bearbeiten und kommt zu folgenden Schlüssen: Man kann drei Herde der Abwanderung in Deutschland ermitteln, es sind die landwirtschaftlichen Distrikte des Ostens, der Mitte und des Südens. Sie haben in der kurzen Zeit von 1885—1890 nicht weniger als 873 000 Menschen durch Abwanderung eingebüßt. Die vierte Gruppe, die Menschen aufnimmt, besteht aus Berlin, den Hansastädten, Sachsen, Rheinprovinz, Westfalen. Hier beträgt der Zuwachs 543 000 Köpfe mehr als er betragen haben würde, wenn die vorhandene Bevölkerung sich nur durch den Ueberschuß der Geburten über die Sterbefälle vermehrt hätte.

Es sind also von den 873 000 Menschen, welche die heimatliche Scholle in den landwirtschaftlichen Distrikten verlassen mußten, 330 000 nach überseeischen Ländern ausgewandert, 542 000 sind nach den Industriezentren abgewandert. Nun sind aber diese landwirtschaftlichen Distrikte sehr verschieden an der Abwanderung beteiligt: das mittlere Deutschland lieferte 80 000, der Süden 150 000 und der Osten 640 000 Köpfe. Der Osten, der Sitz des Großgrundeigentums, entsendet also eine riesige Armee nach den Industriezentren, dann kommt der Süden, wo teilweise das Großgrundeigentum beträchtlich ist, dann erst die Mitte, wo es schwach vertreten.

Der Zusammenhang ist auch leicht zu verstehen: Die Produktionsverhältnisse der europäischen Landwirtschaft sind infolge verschiedener Umstände (zu teuer bezahlter Boden, erdrückende Schuldenlast, niedrige Preise infolge der überseeischen Konkurrenz) derartige geworden, daß von einer Entfaltung der Produktion, von einer Vervollkommnung der Wirtschaft keine Rede sein kann. Der landwirtschaftliche Großbetrieb ist technisch dem Kleinbetriebe zweifellos überlegen, aber in Deutschland kann auf den großen Gütern nicht zu intensiverer Kultur geschritten werden, weil es an Kapital fehlt, weil die Besitzer überschuldet sind. Eine intensive Wirtschaft würde zweifellos selbst bei ausgedehntester Anwendung der Maschine so viel Menschenkraft benötigen, daß die ganze landwirtschaftliche Bevölkerung reichliche Arbeit finden müßte, bei der jetzigen extensiven Wirtschaft aber müssen jene Hunderttausende abwandern. Indem sie aber abwandern, drücken sie die von dem Junkertum auf die niedrigste Lebensstufe herniedergedrückten Landproletarier auf den Lohn, auf die Lebenshaltung des industriellen Proletariats.

Mit dem Flugsand einer Meeresküste, der sich in Dünen fortwälzt über das Land, Fluren und Wälder vernichtend, vergleicht Oppenheimer treffend diese Proletariermassen des Ostens. „Flugsand", weil sie nicht mit dem Boden verwachsen, weil sie von der Uebermacht der Großgrundbesitzer gezwungen werden, sich nach anderen Ländern fortzuwälzen. Es giebt in Deutschland 15,3 Millionen Lohnarbeiter in Industrie und Handel (die Angehörigen mitgezählt) und 8,7 Millionen landwirtschaftliche Lohnarbeiter. Wenn also der weitaus größte Teil dieser letzten unter Bedingungen lebt, welche sie zwingen, mit allen Mitteln darnach zu streben, fortzukommen aus diesen Verhältnissen, wenn ein großer Teil von ihnen den Städten zuströmt, sich auf dem industriellen Arbeitsmarkte anbietet, den Lohn der Industriearbeiter unterbietend, so kann man sich vorstellen, daß der Druck, den sie ausüben, gewaltig ist. — Das Bestehen dieses Druckes ist zweifellos eine der Hauptursachen dafür, daß die gewerkschaftliche Organisation der deutschen Arbeiter trotz des Opfermutes, trotz der Riesenarbeit, langsam vorwärts schreitet, daß die Bestrebungen der industriellen Arbeiterschaft, ihre Lage zu heben, so wenig Erfolg hat.

Will man jenen Flugsand zurückdämmen, will man diesen Druck beseitigen, so muß das Großgrundeigentum — wohlgemerkt, das Großgrundeigentum, nicht der landwirtschaftliche Großbetrieb — verschwinden. Ob dies zu erreichen, wie es zu erreichen, darüber das nächste Mal.

Deutsches Reich.

Von der Palästinafahrt. Die Einweihung der Erlöserkirche in Jerusalem, die als offizieller Anlaß zu der pomphaften Reise nach Palästina gilt, ist am Montag unter entsprechenden Förmlichkeiten vor sich gegangen. Natürlich sind viel Reden herüber und hinüber geflogen. Die erste Ansprache an den Kaiser hielt der Präsident des Evangelischen Oberkirchenrates Dr. Barkhausen, der mit dem Kaiser zu diesem Zwecke von Berlin nach Jerusalem gereist ist. In der Kirche nach dem Festgottesdienste verlas der Kaiser eine Ansprache voller christlicher Frömmigkeit, aus der unter anderem folgender Satz (nach dem offiziösen Telegraph) interessant ist:

„Wie vor fast zwei Jahrtausenden, so soll auch heute von hier der Ruf in alle Welt erschallen, der unser Aller sehnsuchtsvolles Hoffen in sich birgt: Friede auf Erden. Nicht Glanz, nicht Macht, nicht Ruhm, nicht Ehre, nicht irdisches Gut ist es, was wir hier suchen, wir lechzen, flehen und ringen allein nach dem Einen, dem höchsten Gute, dem Heil unserer Seelen. Und wie ich das Gelübde meiner in Gott ruhenden Vorfahren: „Ich und mein Haus, wir wollen dem Herrn dienen," an diesem feierlichen Tage hier wiederhole, so fordere ich Sie alle auf zu gleichem Gelöbnis. Jeder sorge in seinem Stande und Berufe, daß alle, welche den Namen des gekreuzigten Herrn tragen, in dem Zeichen dieses hochgelobten Namens ihren Wandel führen zum Siege über alle aus der Sünde und der Selbstsucht stammenden finsteren Mächte. Gott verleihe, daß von hier aus reiche Segensströme zurückfließen in die gesamte Christenheit, daß auf dem Throne wie in der Hütte, in der Heimat wie in der Fremde Gottvertrauen, Nächstenliebe, Geduld im Leiden und tüchtige Arbeit des deutschen Volkes edelster Schmuck bleibe, daß der Geist des Friedens die evangelische Kirche immer mehr und mehr durchdringe und heilige. Er der gnadenreiche Gott, wird unser Flehen erhören, das ist unsere Zuversicht."

Die „Wiener Arbeiter-Zeitung" veröffentlichte gestern schon eine ihr zugegangene Abschrift der Rede, die in Berlin fabriziert worden ist, die jedoch mit dem bisher telegraphisch mitgeteilten Inhalt der Ansprache nicht übereinstimmt.

Mit dem Papste hat der Kaiser, wie auch mit dem Sultan, Depeschen sehr herzlichen Inhalts gewechselt.

Die Beziehungen zwischen der Türkei und Deutschland sind jetzt so herzlich, daß der Sultan dem Kaiser sogar noch eine Anzahl berühmte deutsche Köche vorausgeschickt hat, die ihm in den zu besuchenden Schlössern Frühstücks und Mittagessen zu bereiten hatten. Ebenso wird den sonstigen Gästen aus Deutschland ein so herzliches Entgegenkommen bewiesen, daß zum Beispiel dem Korrespondenten der „Berl. N. N." von den Zollbeamten nicht nur eine Anzahl Ansichtspostkarten mit türkischen Abbildungen konfisziert, sondern daß ihm aus einem Handatlas auch die Karten von Kleinasien herausgerissen wurden. — In der That, welche gute Freundschaft!

Die preußischen Landtagswahlen. Die Rechnungen über das Ergebnis der Landtagswahlen sind noch immer ungewiß und je nachdem sie die eine oder die andere Partei vornimmt, kommt ein abweichendes Resultat heraus: das liegt zum Teil an der Ungewißheit über die politische Stellung der Wahlmänner, zum Teil daran, daß die Entscheidung von wenigen Stimmen abhängt, die schließlich durch Fernbleiben einzelner eliminiert werden könne rc.

Die Konservativen dürften 10 bis 11 Sitze verlieren; die Nationalliberalen verlieren 4 Mandate, die freisinnige Volkspartei gewinnt 11 Mandate, die freisinnige Vereinigung gewinnt 4, wovon 3 von den Nationalliberalen und 1 von der freisinnigen Volkspartei. Die Gewinne der freisinnigen Volkspartei sind auch zum Teil (6) von den Nationalliberalen. Das Zentrum dürfte einen kleinen Gewinn zu verzeichnen haben. Die Polen verloren 4 Mandate an die Konservativen. Neu dürften im Landtag sein ein Demokrat und ein Antisemit, vielleicht auch ein Nationalsozialer.

Einen Sozialdemokraten wird das preußische Abgeordnetenhaus noch nicht zu sehen bekommen. Nur in Breslau, wo drei Abgeordnete in einem Kreise zu wählen sind und unsere Parteigenossen den Ausschlag zu Gunsten der Freisinnigen geben, lag die Möglichkeit vor, die Abtretung eines Mandats zu fordern und diese Möglichkeit ist auch erörtert worden. Die Parteigenossen haben jedoch beschlossen, gleich im ersten Wahlgang einheitlich für die drei freisinnigen Kandidaten zu stimmen. Der Beschluß wurde am Montag, nachdem die Wahlmänner sich ausdrücklich verpflichtet hatten, den zu fassenden Beschluß wie ein Mann zu befolgen, mit 65 gegen 20 Stimmen gefaßt. Das freisinnige Wahlkomitee hatte auf die Forderung des sozialdemokratischen Wahlkomitees, der sozialdemokratischen Partei ein Mandat zu überlassen, erklärt, daß man ein solches Versprechen nicht abgeben könne, denn es würde eine größere Zahl der Wahlmänner, die für die freisinnigen Kandidaten stimmen wollen, alsdann ganz bestimmt abspringen. In Erwägung dessen und in weiterer Erwägung, daß die sozialdemokratische Partei in erster Reihe, und zwar im eigensten Interesse, den Sieg reaktionärer und im höchsten Maße volksfeindlicher Vertreter verhindern müsse, faßten die Wahlmänner den Beschluß, einhellig für den freisinnigen Kandidaten zu stimmen.

Die Vereinsgesetzfrage in Preußen. Die „Frankf. Ztg." will wissen, daß der Reichskanzler Hohenlohe für Einlösung seines feierlichen Versprechens, das Verbindungsverbot aufzuheben, sorgen und die Einbringung einer neuen Vorlage an den Landtag veranlassen wolle. Sie sagt da:

„Es kann sich nur fragen, ob er dieser Verpflichtung wieder durch einen Gesetzentwurf gerecht zu werden glaubt, der wie die letzte Vereinsgesetznovelle Bedingungen enthielt, die für die gesamte Linke unannehmbar waren. Daß dem jetzt zu wählenden Abgeordnetenhause aber eine Entscheidung und wahrscheinlich ein Kampf um das Vereinsgesetz bevorsteht, ist sicher. Ueber den Inhalt des notwendigen Gesetzentwurfs wird sich das Staatsministerium, wie man annehmen darf, erst schlüssig machen, wenn die Zusammensetzung des neuen Abgeordnetenhauses bekannt ist. Von der hängt alles ab, denn selbst wenn die Regierung einen anderen annehmbaren Entwurf einbringen sollte, so würde die Rechte diesen jedenfalls wieder zu einem kleinen Sozialistengesetz zu amendieren suchen."

Wir erwarten von der preußischen Regierung keineswegs die Einbringung einer Vorlage, die die Versprechungen des Reichskanzlers nett und rund erfüllt; wenn sie die Angelegenheit für sich nicht als erledigt betrachtet durch den Beschluß des alten Abgeordnetenhauses, so wird sie doch sicher auf ihre „Kompensationen" nicht verzichten.

Perfidie eines kapitalistischen Blattes. Die Massenunglücksfälle, von welchen in der letzten Zeit der deutsche Bergbau betroffen worden ist, haben allmählich auch weitere Kreise bis hinauf zum Ministertische von der Notwendigkeit einer Reform der Berginspektion überzeugt. Die Unternehmer sind natürlich Gegner jeder Reform und wenden sich namentlich gegen die beabsichtigte Anstellung praktischer Bergleute zur Inspizierung der Schächte. In ihren Kampfesmitteln gegen die Reformbestrebungen ist die Unternehmerpresse gewiß nicht wählerisch gewesen, das Perfideste aber leistet sich das „Rheinisch Westfälische Tageblatt". Es heißt in dem Blatte:

„Eine eigentümliche und zum Nachdenken sehr geeignete Sache ist es auch, daß die beiden schweren, sich ähnelnden Unfälle vor der Reichstagswahl eintraten und von der roten wie schwarzen Internationale so wollüstig ausgeschlachtet wurden; wird man den wirklich wahren Grund jemals erfahren?"

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-18981103/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG